



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2009

**BGH, Urt. v. 25.6.2008 – 5 StR 109/07 Parteiverrat : Mehrere Tatbeteiligte
derselben Tat als Partei**

Wohlers, Wolfgang

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-30163>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Wohlers, Wolfgang (2009). BGH, Urt. v. 25.6.2008 – 5 StR 109/07 Parteiverrat : Mehrere Tatbeteiligte derselben Tat als Partei. Juristische Rundschau, (11):480-482.

StGB § 356

Mehrere Tatbeteiligte derselben Straftat können Parteien im Sinne des § 356 StGB sein

BGH, Urt. v. 25. 6. 2008 – 5 StR 109/07.

Aus den Gründen:

1 Das Landgericht hat den Angeklagten vom Vorwurf des schweren Parteiverrats (in Tateinheit mit einer Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes) sowie vom Vorwurf einer tatmehrheitlich begangenen versuchten Nötigung freigesprochen.

2 Die Staatsanwaltschaft hat zu Ungunsten des Angeklagten Revision eingelegt. Sie beanstandet mit der Sachbeschwerde, dass der Angeklagte nicht wegen Parteiverrats gemäß § 356 Abs. 1, Abs. 2 StGB und wegen versuchter Nötigung verurteilt worden ist. Das Rechtsmittel, das vom Generalbundesanwalt vertreten wird, hat Erfolg.

I.

3 Dem Urteil des Landgerichts liegen folgende Feststellungen zugrunde:

4 Der Angeklagte, ein Rechtsanwalt, übernahm am 5. 3. 2001 in einem Strafverfahren wegen versuchten Mordes zum Nachteil der O. die Verteidigung der damaligen Angeklagten P. Mit Schreiben vom 6. 3. 2001 bat der Angeklagte die vormalige Verteidigerin der P. um die Übersendung von das Verfahren betreffenden Unterlagen, unter anderem Tonbandkassetten mit mitgeschnittenen Telefonaten und Fotos. Das Mandat wurde am 10. 3. 2001 durch den von P. bevollmächtigten Po. gekündigt. Am 14. 3. 2001 suchte der Angeklagte P. in der Untersuchungshaftanstalt auf, um das Mandatsverhältnis zu klären. Beide kamen überein, dass das Mandatsverhältnis weiter bestehen solle, sofern Po. damit einverstanden sei. Am 19. 3. 2001 erhielt der Angeklagte von der vormaligen Verteidigerin die erbetenen Unterlagen. Die Mikrokassetten enthielten Mitschnitte von Telefonaten zwischen P. und ihrem Opfer, die nach der Tat von P. aufgezeichnet worden waren und ebenso wie die Fotos das unverändert gute Verhältnis zwischen beiden Frauen belegen sollten. Am 22. 3. 2001 forderte Po. den Angeklagten auf, die Entziehung des Mandats zu akzeptieren. Der neue Verteidiger der P. bat den Angeklagten nunmehr unter anderem um Übersendung der Mikrokassetten und Fotos. Daraufhin erteilte der Angeklagte P. eine Kostenrechnung über 1.479 DM. Auf den Einwand des Po., dass die angesetzten Kosten

für den Besuch in der Untersuchungshaftanstalt am 14. 3. 2001 nicht erstattungsfähig seien, erklärte der Angeklagte, er werde sein Zurückbehaltungsrecht ausüben und die noch in seinem Besitz befindlichen Unterlagen erst nach vollständiger Bezahlung seiner Rechnung herausgeben. Am 11. 10. 2002 schlossen der Angeklagte und P. einen gerichtlichen Vergleich, in welchem sich P. zur Zahlung des Rechnungsbetrages verpflichtete. Eine Herausgabe der einbehaltenen Unterlagen wurde von ihr bis zu diesem Zeitpunkt nicht begehrt.

5 Am 25. 7. 2001 erhielt Po. eine Zeugenladung zum Hauptverhandlungstermin am 23. 10. 2001 im Verfahren gegen P. Nach einem Besprechungstermin riet der Angeklagte im August 2001 Po., nicht ohne Zeugenbeistand zu erscheinen, brachte zum Ausdruck, dass er sich auf ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO berufen könne, und schlug Rechtsanwalt B. als Zeugenbeistand vor. Diesem teilte der Angeklagte unter anderem mit, dass er selbst die Übernahme des Mandats als Zeugenbeistand abgelehnt habe, da seiner Tätigkeit »sowohl rein optische sowie auch juristische Aspekte« entgegenstünden. Im Hauptverhandlungstermin am 23. 10. 2001 legte P. nach einem Gespräch mit ihrem neuen Verteidiger ein Geständnis ab. Dabei beschuldigte sie Po., sie zu ihrer Tat angestiftet zu haben. Dieser wurde unmittelbar danach wegen des Verdachts der Anstiftung zum Mord vorläufig festgenommen. Am selben Tag beauftragte Po. den Angeklagten mit seiner Verteidigung in dieser Sache. Am folgenden Tag erreichte der Angeklagte zusammen mit Rechtsanwalt B., dass der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen Po. abgelehnt wurde und dieser wieder aus der Haft entlassen wurde. Mit Schreiben vom 30. 10. 2001 wandte sich der Angeklagte an die Staatsanwaltschaft und trat der Aussage der P. entgegen. Er zog ihre Glaubwürdigkeit in Zweifel und legte dar, dass sie über großes schauspielerisches Talent verfüge und sich stets der Lüge bediene. Noch am selben Tag entwarf er einen Brief, den Po. – zusammen mit einer Kopie des Schriftsatzes an die Staatsanwaltschaft – an den Vorsitzenden des Schwurgerichts sandte. Der Brief erreichte das Landgericht am 5. 11. 2001, dem Tag der Urteilsverkündung gegen P., wurde aber nicht zum Gegenstand der dortigen Verhandlung. Frau P. wurde aufgrund ihres Geständnisses wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten verurteilt. Am 11. 1. 2006 legte der Angeklagte das Mandat für Po. nieder, weil die Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Erteilung eines vorläufigen Berufsverbots angekündigt hatte und der Angeklagte eine weitere Störung seines Kanzleibetriebes vermeiden wollte.

6 Das Landgericht hat den objektiven Tatbestand sowohl des Parteiverrats als auch der versuchten Nötigung verneint.

II.

7 Der Freispruch vom Vorwurf des Parteiverrats hält der revisionsrechtlichen Überprüfung nicht stand.

8 Das festgestellte Handeln des Angeklagten verwirklicht alle äußeren Tatbestandsmerkmale des § 356 Abs. 1 StGB. Die Voraussetzungen dieser Vorschrift sind erfüllt, wenn ein Rechtsanwalt bei den ihm in dieser Eigenschaft anvertrauten Angelegenheiten in derselben Rechtssache beiden Parteien durch Rat oder Beistand pflichtwidrig dient.

9 1. Der Angeklagte ist in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt sowohl von P. als auch von Po. mit der Verteidigung in den gegen sie gerichteten Strafverfahren beauftragt worden. Damit haben beide Zeugen jeweils ihre Angelegenheiten dem Angeklagten anvertraut. Hierfür ist es ausreichend, dass der Mandant dem Anwalt den fraglichen Sachverhalt mitteilt und damit bezweckt, dass der Rechtsanwalt seine Interessen in dieser Sache wahrnimmt (vgl. RGSt 49, 342, 343; BGHSt 18, 192, 193; Cramer/Heine in Schönke/Schröder, StGB 77. Aufl. § 356 Rdn. 8; Fischer StGB 55. Aufl. § 356 Rdn. 3 a). Eine ins Einzelne gehende Fest-

stellung bestimmter anvertrauter Umstände erfordert das Tatbestandsmerkmal der anvertrauten Angelegenheiten nicht.

10 2. Die anvertrauten Angelegenheiten betrafen auch dieselbe Rechtssache. In dieser waren die Mandanten des Angeklagten Parteien.

11 a) Rechtssache kann jede rechtliche Angelegenheit sein, die zwischen mehreren Beteiligten mit jedenfalls möglicherweise entgegenstehenden rechtlichen Interessen nach Rechtsgrundsätzen behandelt und erledigt werden soll (vgl. RGSt 62, 289, 291; BGHSt 5, 301, 304; 18, 192; Fischer a. a. O. Rdn. 5 m. w. N.). Auch Strafsachen gehören zu den unter § 356 StGB fallenden Rechtssachen, wenn an ihnen mehrere Personen mit widerstreitenden Interessen rechtlich beteiligt sind (RGSt 49, 342, 344; BGHSt 5, 284, 285; 301, 304). Diese Personen sind dann Parteien im Sinne des § 356 StGB. Ein engeres Verständnis vom Begriff der Partei verlangt Art. 103 Abs. 2 GG nicht.

12 Demgemäß hat die Rechtsprechung als Parteien derselben Rechtssache in einem Strafverfahren unter anderem anerkannt den Angeklagten und den durch seine Tat Verletzten (RGSt 49, 342, 344; BGHSt 3, 400, 403; 5, 284, 285) sowie den Beschuldigten und den ihn belastenden Zeugen (BGHSt 5, 301, 304).

13 b) Das Landgericht hat die Rechtsfrage, ob auch mehrere Tatbeteiligte derselben Strafsache Parteien im Sinne des § 356 StGB sind, verneint. Es ist damit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs gefolgt.

14 Nach reichsgerichtlicher Rechtsprechung sind unter den »beiden Parteien« nur Personen zu verstehen, die an derselben Rechtssache mit widerstreitenden Interessen rechtlicher Art beteiligt sind. Dass eine Person an einem bestimmten Verlauf einer Rechtssache ein rein tatsächliches Interesse hat, macht sie nicht zur »Partei« (RGSt 66, 316, 320, 323). Hieran anschließend hat der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in seiner Entscheidung vom 16. 12. 1952 (2 StR 198/51, zitiert bei Kalsbach AnwBl 1954, 189 – insoweit in BGHSt 3, 400 nicht abgedruckt) entschieden, dass zwischen den Teilnehmern an derselben strafbaren Handlung keine vom Recht geschützten Beziehungen bestehen, die Gegenstand eines rechtlichen Verfahrens unter ihnen als »Parteien« sein können. Das rein tatsächliche Interesse, das der Anstifter in der Regel daran haben wird, dass in dem Strafverfahren gegen den Haupttäter die eigene Beteiligung als Anstifter nicht aufgedeckt wird, mache ihn nicht zur »Partei«.

15 c) Der Senat gibt diesen Rechtsstandpunkt auf. Beschuldigte in einer Strafsache, gegen die jeweils der Verdacht besteht, gemeinsam mit dem anderen Beschuldigten als Mittäter, Anstifter oder Gehilfe Teilnehmer derselben Straftat gewesen zu sein, können Parteien im Sinne des § 356 StGB sein.

16 aa) Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 1952 hat im Schrifttum teilweise Zustimmung gefunden (vgl. z. B. Fischer StGB 55. Aufl. § 356 Rdn. 6; Cramer/Heine in Schönke/Schröder, StGB 77. Aufl. § 356 Rdn. 13; Rudolphi/Rogall in SK-StGB 7. Aufl. [Stand: September 2003] § 356 Rdn. 23). Sie ist aber auch auf Kritik gestoßen (z. B. O. Geppert NJW 1958, 1959; Schmitt JZ 1962, 40; K. Geppert NStZ 1990, 542, 543.; eingehend Gillmeister in LK § 356 Rdn. 42 m. w. N.; Dahs in MünchKomm StGB § 356 Rdn. 41; Lackner/Kühl StGB 25. Aufl. § 356 Rdn. 5; Kuhlen in NK-StGB 2. Aufl. § 356 Rdn. 26; Maurach/Schroeder/Maiwald, Strafrecht Besonderer Teil TB 2, 9. Aufl. § 78 Rdn. 9).

17 Bereits im Jahr 1982 hat sich der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (NStZ 1982, 465) zurückhaltender geäußert und die Möglichkeit einer Änderung dieser Rechtsprechung angedeutet, auf die es für seine damalige Entscheidung nicht ankam. Auch die Oberlandesgerichte Oldenburg (NStZ 1989, 533) und Stuttgart (NStZ 1990, 542 m. zust. Anm. K. Geppert) sowie das Kammergericht (Beschluss vom 15. 2. 1999 – 1 Ss 275/98) haben Mitbeschuldigte derselben Straftat untereinander als »Parteien« angesehen.

18 bb) Zwischen mehreren Mitbeschuldigten kann ein Interessenwiderstreit rechtlicher Natur bestehen, über den sie im Strafverfahren auch als Partei im Sinne des § 356 StGB streiten können. Die Annahme, das Interesse des Anstifters oder Gehilfen daran, dass in dem Strafverfahren gegen den Haupttäter seine – des Anstifters oder Gehilfen – Beteiligung nicht aufgedeckt werde, sei ein rein tatsächliches Interesse und deshalb könnten sie keine Parteien sein, überzeugt nicht. Zwar ist die Frage, ob jemand an der zu untersuchenden Tat beteiligt war, primär eine solche der Tatsachenfeststellung. Daran knüpfen sich jedoch unmittelbar strafrechtliche und sonstige rechtliche Konsequenzen für die Beteiligten (*Dahs* NStZ 1991, 561, 563). Die Fallgestaltungen, in denen der eine Mitbeschuldigte seinen Tatbeitrag an derselben Strafsache zu Lasten des anderen geringer als dessen Beitrag erscheinen lassen will, sind vielfältig (vgl. *Kretschmer* Der strafrechtliche Parteiverrat – § 356 StGB –, 2005, S. 207). In Betracht kommen gegenseitige Beschuldigungen ebenso wie die Minderungen des eigenen Tatanteils auf Kosten des anderen (vgl. OLG Stuttgart NStZ 1990, 542; K. *Geppert* NStZ 1990, 542, 544; *Hübner* in LK 10. Aufl. § 356 Rdn. 59). So ist ein Interessenwiderstreit anzunehmen, wenn der andere Tatbeteiligte an Art und Höhe der Bestrafung des Haupttäters interessiert ist, etwa weil er selbst seinen Tatbeitrag nicht als Mittäter, sondern als Gehilfe mit der Strafmilderung nach § 27 Abs. 2 Satz 1 StGB erscheinen lassen will (vgl. *Kretschmer* a. a. O. S. 207; *Hübner* a. a. O.). Gleiches gilt, wenn – wie hier – ein Täter zur Darlegung seiner geringeren individuellen Schuld behauptet, von einem anderen Beschuldigten zur Tat angestiftet worden zu sein, was dieser bestreitet.

19 cc) Diese Lösung steht auch im Einklang mit § 146 StPO. Durch das Gesetz zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 20. 12. 1974 wurde in § 146 StPO geregelt, dass die Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger unzulässig ist. Hierdurch sollte jegliche mögliche Interessenkollision, wie sie stets naheliegt, von vornherein vermieden werden (vgl. hierzu *Laufhütte* in KK 5. Aufl. § 146 Rdn. 1). Allerdings sieht diese Vorschrift (i. V. m. § 146 a StPO) seit der Änderung durch das StVÄG 1987 nur noch die Zurückweisung eines Verteidigers vor, der gleichzeitig mehrere derselben Tat Beschuldigte verteidigt; damit ist die verbotene gemeinschaftliche Verteidigung auf die gleichzeitige Verteidigung reduziert worden und das Verbot der sukzessiven Mehrfachverteidigung entfallen (vgl. *Laufhütte* a. a. O.; *Meyer-Göfner* StPO 50. Aufl. § 146 Rdn. 18). Bei einer solchen Verteidigung wird eine so hohe abstrakte Gefahr, dass ein generelles Verbot angezeigt wäre, nicht mehr gesehen. Jedoch verbietet § 43 a Abs. 4 BRAO dem Rechtsanwalt die Übernahme von Mandaten mit konkreten Interessenkollisionen. Er steht in der berufrechtlichen Verantwortung, einen solchen Interessenwiderstreit zu vermeiden. Nach alledem sind seit der Neufassung des § 146 StPO rechtliche Beziehungen zwischen Beschuldigten generell anerkannt, die für dieselbe Tat als Täter bzw. Teilnehmer in Betracht kommen und zueinander in einer Kollision ihrer Verteidigungsinteressen stehen.

20 d) Bei dem Verfahren gegen P. wegen versuchten Mordes und dem späteren Verfahren gegen Po. wegen Anstiftung hierzu handelt es sich um dieselbe Rechtssache. Eine solche ist nicht nur gegeben, wenn es sich um ein und dasselbe Verfahren handelt; sie liegt vielmehr auch vor, wenn in Verfahren verschiedener Art und verschiedener Zielrichtung ein und derselbe Sachverhalt maßgeblicher Verfahrensgegenstand ist (vgl. RGSt 60, 298, 300; BGHSt 5, 301, 304; 18, 192; *Fischer* StGB 55. Aufl. § 356 Rdn. 5). Den Vergleichsmaßstab hat das dem Rechtsanwalt unterbreitete Lebensverhältnis in seinem gesamten Tatsachen- und materiellen Rechtsgehalt zu bilden (vgl. *Rudolphi/Rogall* in SK-StGB 7. Aufl. [Stand: September 2003] § 356 Rdn. 19). In diesem Sinne besteht eine Identität des Sachverhalts.

21 3. Ein Rechtsanwalt dient dann pflichtwidrig, wenn er einer Partei Rat und Beistand leistet, nachdem er einer anderen Partei in derselben Sache bereits Rat und Beistand geleistet hat (vgl. BGHSt 5, 284, 286; 7, 17, 20; 12, 96, 98; 15, 332, 334; 34, 190, 192; BVerfG – Kammer – NJW 2001, 3180 f.). Der Angeklagte hat pflichtwidrig gehandelt, denn die Interessen der P., die er im Rahmen des Verteidigungsverhältnisses wahrzunehmen gehabt hatte, und die Interessen des Po. waren eklatant und ganz offensichtlich entgegengesetzt. Als der Angeklagte die Verteidigung von Po. mit dem Ziel übernahm, P. der »Alleintäterschaft zu bezichtigen«, um den Vorwurf der Tatbeteiligung zu entkräften, hatte er bereits zuvor P. mit der Intention, sie zu entlasten, mithin im gegenläufigen Interesse, beraten. Hier manifestiert sich die Pflichtwidrigkeit des Verhaltens des Angeklagten in besonderer Weise in dem von ihm an die Staatsanwaltschaft Dresden gerichteten Brief, in dem er die Glaubwürdigkeit seiner früheren Mandantin P. vor Abschluss des gegen sie gerichteten Strafverfahrens in Zweifel zog und zugunsten seines neuen Mandanten Po. darstellte, dass »die Zeugin über ein großes schauspielerisches Talent verfüge und sich stets der Lüge bediene« (UA S. 16).

22 4. Ob der Angeklagte, wie die Revision vorträgt, einem unvermeidbaren Verbotsirrtum erlegen ist, bedarf bei der neuen Verhandlung der Prüfung. Die Strafkammer ist im Rahmen der Feststellungen hierauf nicht eingegangen. Ein Verbotsirrtum im Sinne des § 17 StGB kommt nur in Betracht, wenn dem Täter die Einsicht fehlt, Unrecht zu tun. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs braucht der Täter die Strafbarkeit seines Vorgehens nicht zu kennen; es genügt, dass er wusste oder hätte erkennen können, Unrecht zu tun (BGHSt 15, 377, 383; BGH NStZ 1996, 236, 237; wistra 1986, 218; BGH, Beschluss vom 2. 4. 2008 – 5 StR 354/07, zur Veröffentlichung in BGHSt bestimmt).

23 Der Unrechtsgehalt wird hier naheliegend bereits durch den Verstoß gegen das in § 43 a Abs. 4 BRAO normierte Verbot vermittelt, keine widerstreitenden Interessen zu vertreten (K. *Geppert* NStZ 1990, 542, 544 f.). Allerdings geht die anwaltliche Berufspflicht über die Strafbestimmung des § 356 StGB hinaus (*Feuerich/Weyland* BRAO 7. Aufl. § 43 a Rdn. 54 unter Hinweis auf BT-Drucks 12/4993 S. 27). Deshalb mag es Fälle geben, in denen das Bewusstsein, gegen berufliches Standesrecht zu verstoßen, einen Verbotsirrtum nicht ausschließt. Freilich liegt hier – abgesehen von der Offensichtlichkeit des Interessenwiderstreits – angesichts der festgestellten Äußerung gegenüber seinem Kollegen vor dessen Übernahme der Zeugenbeistandschaft ein Verbotsirrtum fern.

III.

24 Der Freispruch vom Vorwurf der versuchten Nötigung wird von den Feststellungen des angefochtenen Urteils ebenfalls nicht getragen.

25 1. Nach Auffassung des Tatrichters war der Angeklagte aufgrund eines Zurückbehaltungsrechts nach § 273 BGB berechtigt, die Herausgabe von Mikrokassetten und Fotos an seine frühere Mandantin P. bis zur Begleichung seiner Honorarforderung zu verweigern. Dies begegnet durchgreifenden rechtlichen Bedenken.

26 a) Das Urteil stellt darauf ab, dass dem Angeklagten »in Ansehung der offenen Forderung« ein Zurückbehaltungsrecht nach § 273 BGB zugestanden habe. Weil von der geltend gemachten Forderung in Höhe von 1.479 DM die erst nach Beendigung des Mandats entstandenen Aufwendungen für den Besprechungstermin vom 14. 3. 2001 abzusetzen seien, habe sich die Honorarforderung auf mindestens 1.281 DM belaufen. Dabei ist von der Strafkammer nicht bedacht worden, dass der Angeklagte mit Telefax vom 7. 4. 2001 die Herausgabe der Unterlagen nicht von Zahlung des reduzierten Rechnungsbetrages, sondern von

Zahlung des Gesamtbetrages abhängig gemacht hat. Der Angeklagte war aber nicht berechtigt, ein Zurückbehaltungsrecht für eine überhöhte Forderung geltend zu machen. Eine Versuchsstrafbarkeit – gegebenenfalls konsequent sogar wegen versuchter Erpressung – wäre deshalb bereits aus diesem Grunde zu erörtern gewesen.

27 b) Einem Zurückbehaltungsrecht nach § 273 BGB an den Unterlagen kann außerdem die Natur des Schuldverhältnisses entgegenstehen, auf dem der Herausgabeanspruch der früheren Mandantin beruht. Nach der Rechtsprechung besteht an Geschäftspapieren, die von einem Mandanten für die ordnungsgemäße Bearbeitung der Angelegenheiten, auf die sie sich beziehen, alsbald benötigt werden, in aller Regel kein Zurückbehaltungsrecht des Rechtsanwalts nach § 273 BGB (vgl. BGH WM 1968, 1325; NJW 1997, 2944, 2945). Ebenso kann auch ein Steuerberater an der Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts aus § 273 BGB gehindert sein, wenn er sich dadurch nach den besonderen Umständen des Falles treuwidrig verhalten würde; dies kommt insbesondere in Betracht, wenn die Zurückbehaltung dem Mandanten einen unverhältnismäßig hohen, auch bei Abwägung mit den Interessen des Steuerberaters nicht zu rechtfertigenden Schaden zufügen würde (vgl. BGH NJW 1988, 2607). Diese Erwägungen können im vorliegenden Fall in ganz besonderem Maße zum Tragen kommen. Eine Bejahung des Zurückbehaltungsrechts hätte hier aus der maßgeblichen Sicht des Angeklagten zur Tatzeit dazu führen können, dass P. wesentliche Verteidigungsunterlagen im Verfahren wegen versuchten Mordes erst erhalten hätte, wenn die Honoraransprüche des Angeklagten geklärt waren. Das hätte ihre Verteidigungsposition erheblich schwächen können. P. befand sich seit zwei Monaten in Untersuchungshaft und somit in einer »Ausnahmesituation«. Sie bestritt die Tat und berief sich auf einen Unfall. Mit Ausnahme der Geschädigten gab es keine Tatzeugen. Vor diesem Hintergrund kam allen sonstigen Indizien grundsätzlich Gewicht zu. Die Erwägungen des Landgerichts, P. hätte in ihrem Strafverfahren einen Beweisantrag stellen können, um so notfalls die gerichtliche Beschlagnahme der Unterlagen zu bewirken, berücksichtigt nicht, dass P. ein Interesse daran gehabt haben kann, die Unterlagen nicht insgesamt, sondern nur teilweise zum Gegenstand einer Beweisaufnahme werden zu lassen.

28 2. Aus der Vorschrift des § 50 BRAO würde sich hier für den Angeklagten kein weiterreichendes Zurückbehaltungsrecht ergeben. Nach § 50 Abs. 3 BRAO kann der Rechtsanwalt gegenüber seinem Mandanten die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist, sofern nicht die Vorenthaltung nach den Umständen unangemessen wäre. Zum einen sind gemäß § 50 Abs. 4 BRAO unter Handakten im Sinne des § 50 Abs. 3 BRAO Schriftstücke zu verstehen, die der Rechtsanwalt aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit vom oder für den Auftraggeber erhalten hat. Bei den von P. übergebenen Unterlagen handelte es sich aber um Mikrokassetten und Fotos, nicht jedoch um Schriftstücke. Zum anderen hätte die Verweigerung der Rückgabe der erhaltenen Unterlagen die Verteidigungsmöglichkeiten der P. in dem gegen sie gerichteten Strafverfahren erheblich beeinträchtigen können und wäre dann den Umständen nach unangemessen gewesen (vgl. zum Umfang der Herausgabepflicht auch *Feuerich/Weyland* BRAO 7. Aufl. § 50 Rdn. 20).

29 3. Schließlich vermögen auch die Erwägungen des Landgerichts zu der Annahme nicht zu überzeugen, die Verweigerung der Herausgabe der Unterlagen stellte für P. kein empfindliches Übel im Sinne des § 240 Abs. 1 StGB dar, weil sie während des Strafverfahrens nicht versucht habe, die Unterlagen zu erlangen. Dasselbe gilt für die Erwägung, das Handeln des Angeklagten sei nicht als verwerflich im Sinne des § 240 Abs. 2 StGB anzusehen, weil P. nicht bekundet habe, ihre Verteidigung sei durch das Zurückhalten der Unterlagen erschwert worden. Bei der hier

in Frage stehenden Strafbarkeit wegen eines versuchten Nötigungsdelikts kommt es nicht auf den objektiven Wert des Beweismittels an, sondern auf den Wert, den das Beweismittel in der Vorstellung des Angeklagten hatte. Daher war auf das Vorstellungsbild des Angeklagten abzustellen. Für die Annahme zumindest bedingten Vorsatzes stellt – was das Landgericht nicht erörtert – die Vorgehensweise des Angeklagten ein gewichtiges Indiz dar. Aus Sicht des Angeklagten wäre es widersinnig gewesen, P. für den Fall der Nichtzahlung zu drohen, die Beweismittel einzubehalten, wenn er sich nicht vorgestellt hätte, seine Drohung würde als empfindliches Übel aufgefasst werden.

IV.

30 Eine Vorlage der Sache an den Großen Senat des Bundesgerichtshofs für Strafsachen oder eine förmliche Anfrage an den 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs ist nicht mehr geboten, nachdem der 2. Strafsenat mitgeteilt hat, dass für die vorliegende Fallkonstellation keine anfrage- oder vorlagepflichtige Divergenz im Sinne des § 132 Abs. 2 und 3 GVG in Bezug auf die Entscheidung des 2. Strafsenats vom 16. 12. 1952 für gegeben erachtet wird, weil im Hinblick auf die zwischenzeitlich erfolgte Änderung des Verbots der Mehrfachverteidigung bei jetzt vom Gesetzgeber in § 146 StPO zugelassener Sukzessivverteidigung nunmehr rechtliche Beziehungen zwischen Beschuldigten anerkannt sind, die für dieselbe Tat als Täter bzw. Teilnehmer in Betracht kommen.

Anmerkung

Das vorstehend abgedruckte Urteil hat dem Vernehmen nach bei Verteidigerinnen und Verteidigern erhebliche Unruhe ausgelöst. Auf den ersten Blick ist dies einerseits verständlich, weil nun das Risiko besteht, dass sich Verteidiger wegen Parteiverrats strafbar machen können, wenn sie mehrere an einer Straftat beteiligte Personen anwaltlich vertreten; andererseits ist die Unruhe aber auch unverständlich, weil nach der nun vom Senat vertretenen Auffassung doch nur die Fälle strafbar sind, in denen der Verteidiger mehreren Tatbeteiligten pflichtwidrig dient, und nicht ersichtlich ist, dass und warum ein derartiges Verhalten nicht strafwürdig sein soll. Bei näherem Hinsehen wird dann aber schnell deutlich, dass das eigentliche Problem gar nicht die Strafbarkeit des konkret pflichtwidrig dienenden Verteidigers ist, sondern der Umstand, dass die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des § 356 StGB der Anklagebehörde die Verpflichtung auferlegt, im Falle eines Anfangsverdachts ein Strafverfahren einzuleiten. Schon die bloße Möglichkeit, dass die eigene Kanzlei auf Beweismittel für den Parteiverrat hin durchsucht werden könnte, dürfte ein gewichtiges Argument dafür sein, auch die Übernahme einer an sich prozessual und auch materiellstrafrechtlich zulässigen sukzessiven Mehrfachverteidigung von vornherein zu unterlassen.¹

I. Bezogen auf die Auslegung des § 356 Abs. 1 StGB haben sich die Gewichte nun ganz eindeutig verschoben: Während nach früher herrschender Auffassung die Verteidigung mehrerer Tatbeteiligter den Straftatbestand des Parteiverrats per se nicht erfüllen konnte, weil diese nicht als Parteien derselben Rechtsache eingestuft wurden,² hat sich der BGH nun der Auffassung angeschlossen, nach der Tatbeteiligte Parteien derselben Rechts-

1 Vgl. auch DAHS NSTZ 1991, 561, 566: »Denn schon die Einleitung eines Ermittlungs- oder gar Durchführung eines Hauptverfahrens stellt für den Rechtsanwalt auch bei letzlichem Freispruch eine innere und äußere Belastung dar, die das zweite Mandat nicht »wert« ist.«

2 Vgl. BGH bei KALSBACH AnwBl. 1954, 187, 189; OLG Frankfurt NJW 1955, 880; CRAMER/HEINE in: Schönke/Schröder, StGB, 27. Aufl., 2006, § 356 Rdn. 13; RUDOLPHI/ROGALL in: SK/StGB, 7. Aufl., 59. Lfg. (September 2003), § 356 Rdn. 23.

sache sind, was zur Konsequenz hat, dass die Verteidigung mehrerer Tatbeteiligter in den Anwendungsbereich des § 356 StGB fällt.³ Ob die Verteidigung mehrerer Tatbeteiligter strafbar ist oder nicht, entscheidet sich jetzt im jeweiligen Einzelfall anhand des Merkmals des pflichtwidrigen Dienens,⁴ was die Frage aufwirft, wann eine Mehrfachverteidigung als pflichtwidrig einzustufen und anhand welcher Kriterien dies zu beurteilen ist.

Die Pflichtwidrigkeit des Dienens lässt sich nach heute ganz herrschender Auffassung nicht aus einem Verstoß gegen irgendwelche standesrechtlichen Regelungen ableiten.⁵ Der Parteiverrat nach § 356 StGB ist kein Amtsdelikt im weiteren Sinne,⁶ sondern dient dem Schutz der Mandanteninteressen.⁷ Die Pflichtwidrigkeit des Dienens ist deshalb dann zu bejahen, wenn die Vertretung mehrerer Parteien wegen gegensätzlicher Interessen dazu führt, dass die Interessen mindestens eines Mandanten nicht so gewahrt werden, wie dies eigentlich zu geschehen hätte.⁸ Entscheidend ist damit, wer definiert, was das Interesse ist, das der Rechtsanwalt zu wahren hat. Kommt es auf das wohlverstandene Interesse an, das ein vernünftiger Mandant in der konkreten Situation haben sollte,⁹ oder kommt es auf das Interesse an, dass der konkrete Mandant tatsächlich hat? Und, wenn es auf das konkrete Mandanteninteresse ankommt: wer definiert dieses – der Mandant oder der Verteidiger?

In der Literatur werden diesbezüglich unterschiedliche Standpunkte vertreten. Während es nach einigen Autoren auf das durch den Mandanten definierte Verteidigungsziel ankommen soll,¹⁰ wird von anderen Autoren die Auffassung vertreten, dass der Beschuldigte dem Verteidiger das Verteidigungsziel nicht vorschreiben könne¹¹ und es deswegen nicht auf das vom Mandanten geäußerte Interesse ankomme, sondern darauf, was ein fachkundiger und unparteiischer Strafverteidiger in der konkreten Situation als Verteidigungsziel definieren würde.¹² Auch die Rechtsprechung hat diese Frage nicht einheitlich beurteilt: Während in einigen Entscheidungen auf das vom Mandanten definierte Verteidigungsziel abgestellt wurde,¹³ haben die Gerichte in anderen Fällen einen objektiven Maßstab angelegt.¹⁴

Damit stellt sich die – aus der allgemeinen Diskussion über die prozessuale Rolle der Verteidigung bekannte – Frage, wer das Verteidigungsziel definiert. Folgt man der immer noch herrschenden Auffassung, nach welcher der Verteidiger ein Organ der Rechtspflege ist,¹⁵ ergeben sich bei der Definition des Verteidigungsziels von vornherein gewisse Einschränkungen: Diese muss dann jedenfalls so definiert werden, dass es nicht mit den Verpflichtungen kollidiert, die sich aus der Organstellung des Verteidigers ergeben (sollen).¹⁶ Sieht man die Verteidigung dagegen als Parteiinteressenvertreter,¹⁷ können sich etwaige Einschränkungen des Entscheidungsspielraums allein aus gesetzlichen Verboten ergeben.¹⁸ Abgesehen von diesen, in der Praxis wohl eher selten relevanten äußeren Begrenzungen ist entscheidend, wer innerhalb der Bandbreite des Zulässigen das konkrete Verteidigungsziel definiert: der Verteidiger oder der Beschuldigte?¹⁹ Nimmt man den Status des Beschuldigten als Prozesssubjekt ernst, wird man diesem die letztendliche Entscheidung darüber, was sein Interesse ist, zubilligen müssen.²⁰ Alles andere läuft auf eine bestenfalls paternalistisch motivierte Entmündigung des Beschuldigten durch den Verteidiger hinaus.²¹ Der Verteidiger kann (und muss) den Beschuldigten beraten und ihm vor Augen halten, welche Konsequenzen die von diesem gewünschte Verteidigung hat, und er muss dem Beschuldigten alternative Verteidigungsstrategien aufzeigen. Entscheidet sich der insoweit aufgeklärte Beschuldigte für eine Strategie, die der Verteidiger nicht mittragen will, muss er – im Fall der Wahlverteidigung – das Mandat ablehnen bzw. kündigen.²² Problematisch sind in diesem Zusammenhang allein die Fälle der Pflichtverteidigung: Auch hier ist in Konfliktfällen die Bitte um Entpflichtung die angemessene Reaktion. Verweigert das Gericht die Entpflichtung, hat sich der Verteidiger aller Aktivitäten zu enthalten,

die die Verteidigungslinie des Beschuldigten konterkarieren könnten.²³

Vor diesem Hintergrund ist es nun durchaus denkbar, dass mehrere Tatbeteiligte nicht notwendigerweise gegensätzliche Interessen haben müssen. Insbesondere dann, wenn man nicht darauf abstellt, was ein vernünftiger Mandant oder ein vernünftiger Strafverteidiger in einer gegebenen Situation als Verteidi-

- 3 Vgl. OLG Oldenburg NStZ 1989, 533 f.; OLG Stuttgart NStZ 1990, 542 m. zust. Anm. Geppert NStZ 1990, 542, 543; OLG Zweibrücken NStZ 1995, 35, 36 m. Anm. NIBBELING JR 1995, 479; DAHS NStZ 1991, 561, 563; HOLZ, Parteiverrat in Strafsachen, 1996, S. 70 f.; PRINZ Der Parteiverrat des Strafverteidigers, 1999, S. 122 ff.; DAHS in: Münchener Kommentar StGB, Band 4, 2006, § 356 Rdn. 41; KUHLEN in: Nomos Kommentar StGB, Band 2, 2. Aufl., 2005, § 356 Rdn. 26; WOHLERS in: SK/StPO, 38. Aufbau-Lfg. (April 2004), Vor § 137 Rdn. 165.
- 4 So auch bereits OLG Stuttgart NStZ 1990, 542 m. Anm. GEPPERT NStZ 1990, 542, 544; KRETSCHMER Der strafrechtliche Parteiverrat (§ 356 StGB), 2005, S. 186; PRINZ (Fn. 3), S. 142, 148 f.; NK-KUHLEN (Fn. 3), § 356 Rdn. 40; vgl. auch NIBBELING JR 1995, 479, 481; a. A. HOLZ (Fn. 3), S. 79 ff.: ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal.
- 5 So aber noch BGHSt 3, 400, 402; 5, 284, 286/287; 5, 301, 306; BGH AnwBl. 1954, 199, 200; a. A. zutreffend GILLMEISTER in: Leipziger Kommentar StGB, 11. Aufl., 2006, § 356 Rdn. 58; PRINZ (Fn. 3) S. 96 ff.; vgl. auch NK-KUHLEN (Fn. 3), § 356 Rdn. 41 mit dem zutreffenden Hinweis darauf, dass ein Verstoß gegen das standesrechtliche Gebot, keiner Partei zu dienen, obwohl ein anderes Mitglied der Sozietät in derselben Rechtssache die Gegenpartei vertritt, die Pflichtwidrigkeit im Sinne des § 356 StGB nicht begründet.
- 6 Vgl. aber SK/StGB-RUDOLPHI/ROGALL (Fn. 2), § 356 Rdn. 2: Berufsvergehen der Anwälte und anderen Rechtsbeistände.
- 7 Wie hier LK-GILLMEISTER (Fn. 5), § 356 Rdn. 9; MüKo-DAHS (Fn. 3), § 356 Rdn. 3; vgl. aber auch NK-Kuhlen (Fn. 3), § 356 Rdn. 5 ff.; Schönte/Schröder-CRAMER/HEINE (Fn. 2), § 356 Rdn. 1 m. w. N.: geschütztes Rechtsgut sei das Vertrauen der Allgemeinheit in die Zuverlässigkeit und Integrität der Anwalts- und Rechtsbeistandsschaft; SK/StGB-RUDOLPHI/ROGALL (Fn. 3), § 356 Rdn. 5: Schutzgut sei die Funktionsfähigkeit der Anwaltschaft, der zugleich bewirkte Schutz des einzelnen Auftraggebers stelle lediglich einen Schutzreflex dar.
- 8 DAHS NStZ 1991, 561, 564; MüKo-DAHS (Fn. 3), § 356 Rdn. 62; Schönte/Schröder-CRAMER/HEINE (Fn. 2), § 356 Rdn. 17; SK/StGB-RUDOLPHI/ROGALL (Fn. 2), § 356 Rdn. 28.
- 9 Vgl. GEPPERT NStZ 1990, 542, 544: Entscheidend sei, wie sich das Interesse aus der Perspektive eines neutralen Beobachters darstellt.
- 10 NIBBELING JR 1995, 479, 481; LK-GILLMEISTER (Fn. 5), § 356 Rdn. 59; MüKo-DAHS (Fn. 3), § 356 Rdn. 62 f.; SK/StPO-WOHLERS (Fn. 3), Vor § 137 Rdn. 165; vgl. auch – mit umfassender Darstellung des Streitstands – PRINZ (Fn. 3), S. 104 ff.; KRETSCHMER (Fn. 4), S. 188 ff.
- 11 NK-KUHLEN (Fn. 3), § 356 Rdn. 52; Schönte/Schröder-CRAMER/HEINE (Fn. 2), § 356 Rdn. 18; SK/StGB-RUDOLPHI/ROGALL (Fn. 2), § 356 Rdn. 30.
- 12 So explizit HOLZ (Fn. 3), S. 105; ablehnend hierzu PRINZ (Fn. 3), S. 154 f.; für einen objektiven Maßstab beispielsweise auch Schönte/Schröder-CRAMER/HEINE (Fn. 2), § 356 Rdn. 18.
- 13 Vgl. BGHSt 5, 301, 306 f.; BGH NStZ 1982, 464, 465; OLG Stuttgart NStZ 1990, 542.
- 14 Vgl. BGHSt 5, 284, 286 f.; BayObLG JR 1996, 254, 255 m. Anm. RANFT; OLG Hamm NJW 1955, 803; OLG Zweibrücken NStZ 1995, 35, 36 m. Anm. NIBBELING JR 1995, 479.
- 15 Zur Organtheorie vgl. SK/StPO-WOHLERS (Fn. 3), Vor § 137 Rdn. 4 ff.
- 16 So ausdrücklich Schönte/Schröder-CRAMER/HEINE (Fn. 2), § 356 Rdn. 18.
- 17 Überblick zu den verschiedenen Ansätzen bei SK/StPO-WOHLERS (Fn. 3), Vor § 137 Rdn. 16 ff.
- 18 Vgl. – auf der Basis der sog. Vertragstheorie – LÜDERSEN/JAHN in Löwe/Rosenberg, 26. Aufl., 2007, Vor § 137 Rdn. 36 ff.
- 19 Überblick über den diesbezüglichen Meinungsstand bei SK/StPO-WOHLERS (Fn. 3), Vor § 137 Rdn. 8, 17, 25.
- 20 Vgl. hierzu im Einzelnen SK/StPO-WOHLERS (Fn. 3), Vor § 137 Rdn. 50 ff.
- 21 So auch LK-GILLMEISTER (Fn. 5), § 356 Rdn. 59; vgl. auch bereits SK/StPO-WOHLERS (Fn. 3), Vor § 137 Rdn. 13.
- 22 Vgl. NK-KUHLEN (Fn. 3), § 356 Rdn. 42: Die Mandatsführung wird pflichtwidrig, sobald das Bestehen eines Interessengegensatzes erkennbar wird.
- 23 Zur Legitimation und zur (eingeschränkten) Funktion der Zwangs- oder Sicherungsverteidigung vgl. SK/StPO-WOHLERS (Fn. 3), Vor § 137 Rdn. 42 ff. sowie § 140 Rdn. 3 f.

gungsziel definiert hätte, sondern darauf, was der konkrete Mandant tatsächlich wollte, sind ohne weiteres Fallgestaltungen denkbar, in denen mehrere Tatbeteiligte keine gegensätzlichen, sondern vielmehr gleichgerichtete Interessen haben – und dies selbst dann, wenn ein Tatbeteiligter in Absprache mit den anderen Tatbeteiligten die Tatverantwortung in einem Maß auf sich nimmt, das mit der objektiven Rechtslage nicht übereinstimmt.²⁴ Die Rechtsprechung hat dies in Fällen anerkannt, in denen der Mandant dem Verteidiger ein von vorneherein eingeschränktes Mandat erteilt hat.²⁵ Richtigerweise wird man aber auch die Fälle einzubeziehen haben, in denen der Mandant das entsprechende Verteidigungsziel erst nach einer die Autonomie des Mandanten respektierenden rechtlichen Beratung durch den Verteidiger definiert.²⁶ Und schließlich ist auch anzuerkennen, dass ein Mandant seine Interessen nachträglich neu definieren kann,²⁷ mit der Folge, dass eine – gemessen am ursprünglichen Verteidigungsziel – eigentlich als pflichtwidrig einzustufende Mehrfachverteidigung seine Pflichtwidrigkeit verliert.²⁸ Umgekehrt kann allerdings eine nachträgliche Neudefinition des Verteidigungsziels auch dazu führen, dass eine ursprünglich nicht pflichtwidrige Mehrfachverteidigung infolge eines nun bestehenden Interessengegensatzes pflichtwidrig wird, mit der Folge, dass das noch laufende zweite Mandat nicht fortgeführt werden kann. Ganz allgemein ist schließlich noch darauf hinzuweisen, dass die Interessen eines Mandanten nicht nur das Verteidigungsziel im engeren Sinne betreffen, sondern auch andere Interessen umfassen könne, wie z. B. das Interesse an der Geheimhaltung bzw. Nichtaufdeckung bestimmter Umstände. Ein die Pflichtwidrigkeit des Dienens begründender Interessengegensatz ist in diesen Fällen auch dann gegeben, wenn die im Rahmen des definierten Verteidigungsziels optimale Verteidigung des einen Mandanten die Aufdeckung von Umständen verlangt, die der andere Mandant nicht aufgedeckt haben möchte. Liegt eine derartige Situation vor, kann die Mehrfachverteidigung nur dann als nicht pflichtwidrig eingestuft werden, wenn entweder der erste Mandant mit der Offenlegung einverstanden ist oder aber der zweite Mandant darauf verzichtet, dieses Mittel einzusetzen.

II. Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass eine Mehrfachverteidigung – allerdings nur unter Einhaltung relativ anspruchsvoller Voraussetzungen – mit § 356 StGB kompatibel sein kann. Abgesehen davon, dass derzeit nicht mit hinreichender Sicherheit prognostiziert werden kann, anhand welcher Maßstäbe die Praxis die Pflichtwidrigkeit des Dienens zukünftig beurteilen wird, darf aber – wie bereits eingangs bemerkt – nicht außer acht bleiben, dass ein Strafverfahren wegen Parteiverrats schon dann eingeleitet werden kann (und angesichts des Charakters des Straftatbestands als Offizialdelikt auch eingeleitet werden muss), wenn ein entsprechender Anfangsverdacht gegeben ist. Ein derartiger Anfangsverdacht kann nun aber auch in Fällen gegeben sein, in denen sich im Verlaufe des Ermittlungsverfahrens herausstellt, dass die Tatbeteiligten, denen der Verteidiger gedient hat, keine gegensätzlichen Interessen hatten.²⁹ Einer Verurteilung wird ein Verteidiger dadurch entgehen können, dass er die von

den verschiedenen Tatbeteiligten definierten, die Pflichtwidrigkeit des Dienens ausschließenden Verteidigungsziele im Einverständnis mit den Mandanten beweissicher dokumentiert. Was der Verteidiger dagegen in keinem Fall verhindern kann, ist die Einleitung eines nicht nur rufschädigenden, sondern seine gesamte sonstige Verteidigungstätigkeit behindernden Ermittlungsverfahrens. Will man das Institut der sukzessiven Mehrfachverteidigung nicht insgesamt in Frage stellen, wird man sicherstellen müssen, dass die Anklagebehörden Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs des Parteiverrats nur und erst dann einleiten, wenn substantielle Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein pflichtwidriges Dienen vorliegt.³⁰ Weiterhin sollte schon aus Gründen der Verhältnismäßigkeit³¹ die erste Untersuchungsbehandlung stets darin bestehen, dem – gemäß Art. 6 Abs. 2 EMRK als unschuldig geltenden – Verteidiger rechtliches Gehör zu gewähren und ihm so die Möglichkeit zu geben, aufzuzeigen, dass die Übernahme des zweiten Mandats keinen Interessengegensatz mit dem ersten Mandat begründet hat.

Dies alles ändert indes nichts daran, dass eine Mehrfachverteidigung nun auch strafrechtlich gesehen heikel ist. Angesichts dessen, dass die Verteidigung mehrerer Tatbeteiligter durch ein und denselben Verteidiger nur in den seltensten Fällen im wohlverstandenen Interesse aller Tatbeteiligten liegen dürfte,³² bleibt zu hoffen, dass die nun drohende Strafbarkeit einen Beitrag dazu leisten wird, dass die Anwaltschaft mit diesem nicht unproblematischen Institut vorsichtig und verantwortungsvoll umgeht.

Prof. Dr. Wolfgang Wohlers,
Zürich

²⁴ So auch DAHS NStZ 1991, 561, 564 f.; a. A. GEPPERT NStZ 1990, 542, 544; NK-KUHLEN (Fn. 3), § 356 Rdn. 52.

²⁵ Vgl. BGH NStZ 1982, 465, 466.

²⁶ So auch DAHS NStZ 1991, 561, 565; MüKo-DAHS (Fn. 3), § 356 Rdn. 62; KRETSCHMER (Fn. 4), S. 192; PRINZ (Fn. 3), S. 157; LK-GILLMEISTER (Fn. 5), § 356 Rdn. 60; vgl. auch den Fall BGHSt 5, 301 ff., wo die Problematik des potentiellen Interessengegensatzes während des bereits laufenden zweiten Mandats in einer gemeinsamen Besprechung zwischen dem Rechtsanwalt und *beiden* Mandanten ausgeräumt wurde.

²⁷ LK-GILLMEISTER (Fn. 5), § 356 Rdn. 59.

²⁸ PRINZ (Fn. 3), S. 158 ff.; MüKo-DAHS (Fn. 3), § 356 Rdn. 65.

²⁹ Vgl. auch DAHS NStZ 1995, 16 f., mit dem Hinweis darauf, dass der Verteidiger bei Übernahme des Mandats oft gar nicht in der Lage sei, abschliessend abzuschätzen, ob ein Interessenwiderspruch auftreten werde oder nicht.

³⁰ Zu den erhöhten Anforderungen an den Tatverdacht bei Zwangsmaßnahmen, die sich gegen Verteidiger richten, vgl. BVerfG StV 2005, 195 f.; 2006, 505, 506; BVerfG NJW 2008, 2422.

³¹ Zu den besonderen Pflichten zur Rücksichtnahme, die sich bezogen auf die Durchsuchung von Rechtsanwaltskanzleien ergeben, vgl. SK/StPO-WOHLERS 56. Aufbau-Lfg. (Februar 2008), § 102 Rdn. 37 m. w. N. sowie – zur parallelen Problematik bei Beschlagnahmen – SCHÄFER in: Löwe/Rosenberg, 25. Aufl., 29. Lfg. (Juli 2004), § 94 Rdn. 61.

³² Dass insoweit auch bei den Strafverfolgungsorganen das notwendige Problembewusstsein nicht durchgängig vorhanden ist, belegt BGHSt 48, 170 ff., wo es um die Ablehnung der Bestellung eines Pflichtverteidigers im Falle einer sukzessiven Mehrfachverteidigung ging.